

Nuhsasi 5 Krupur
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık	Türk Lirası 1.50	R.M. 5.-
Çeyrek aylık	" 4.25	" 13.-
Altı aylık	" 8.-	" 25.-
Bir senelik	" 15.-	" 50.-

Yahut nakıllı.
 Haftada 6 defa çıkar.
 İdarəhanə
 Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
 Telgraf adresi: Türköpost.
 Telefon: 44.606.
 Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krupur

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.-
" 3 Monate	" 4.25	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 15.-	" 50.-

oder Gegenwert
 Erscheint wöchentlich 6 mal.
 Geschäftsleitung:
 Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: Türköpost.
 Fernsprecher: 44.606.
 Postfach: İstanbul 1269.

Versammlungsrecht und Pressefreiheit

werden eingeschränkt.

Berlin, 4. Februar.
 Zum Schutze des deutschen Volkes hat die Reichsregierung heute dem Reichspräsidenten eine Verordnung vorgeschlagen, die eine wesentliche Einschränkung des Versammlungsrechtes und der Freiheit der Presse bestimmt. Durch diese Verordnung soll die Reichsregierung absolute Handlungsfreiheit erhalten.
 Begründet wird diese Verordnung mit den unerhörten Beschimpfungen und Verleumdungen, die in einzelnen Blättern in den letzten Tagen veröffentlicht wurden, und mit dem Hinweis darauf, daß eine Staatsregierung, die auf Autorität halte, sich derartige Angriffe nicht gefallen lassen könne.

Berlin, 4. Februar (A.A. nach Hayes)
 In Regierungskreisen ist man wegen der Zunahme der Terrorhandlungen in Bessarabien, Obgleich die Polizeikräfte sich als nicht genügend erwiesen haben, ist man nicht zu Annehmlichkeiten geneigt. Im Notfall dürfte die Regierung jedoch die von der Regierung Papen eingeführte und von Scheiber wieder abgeschaffte Todesstrafe für politische Verbrechen wieder einführen.
 Auch muß mit der Wiedereinsetzung der Sondergerichte gerechnet werden.

„Vorwärts“ und „Rote Fahne“ verboten

Berlin, 4. Februar (A.A.)
 Die in Berlin erscheinende sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts“ ist bis zum 7. Februar verboten.

Berlin, 4. Februar (A.A.)
 In sozialistischen Kreisen beifolgt man, daß dem Verbot des „Vorwärts“ das Verbot anderer Zeitungen folgen wird, die dem gleichen Verbot unterliegen. In dem die preussischen Behörden eine Aufforderung zum Aufstand erließen.
 Die Sozialdemokraten erklären, daß es sich nur um einen Wahlauftrag gehandelt habe.

Berlin, 4. Febr. (A.A. nach W.T.B.)
 Die Polizei beschlagnahmte die heutige Morgenausgabe der kommunistischen „Rote Fahne“.

Berlin, 4. Februar.
 Der Polizeipräsident von Berlin hat die Berliner kommunistische Zeitung „Die rote Fahne“ bis zum 7. Februar verboten.
 Verboten wurden ferner in Weimar, Jena und Gera die dort erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen, ebenso die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln.

Hausdurchsuchungen.

Berlin, 4. Febr. (A.A. nach W.T.B.)
 In mehreren größeren Städten Deutschlands nahm die Polizei Durchsuchungen in den Büroräumen der kommunistischen Partei und in den Wohnungen von Parteifunktionären vor. In Köln, Frankfurt am Main, Kiel und Erfurt wurden Flugblätter beschlagnahmt, in denen zum großen Teil zum Umsturz aufgerufen wurde.
 In Erfurt wurden allein 40.000 ungesetzliche Druckschriften und Flugblätter, in denen zum Massenstreik aufgerufen wurde, beschlagnahmt.

Hitler über seine Außenpolitik.

Berlin, 4. Febr. (A.A. nach W.T.B.)
 Der Reichskanzler erklärte den Berliner Vertretern der ausländischen Presse gegenüber:
 „Man hat von mir behauptet, ich halte flammende Reden gegen das Ausland. Jetzt wissen Sie, daß die Welt über meine Mäßigkeit. Tatsächlich habe ich niemals solche Brandreden gehalten. Eher ist das Gegenteil der Fall. Das beweisen meine Reden, auch die, die ich vor 19 bis 12 Jahren gehalten habe. Wer den Krieg kennt wie ich, weiß, daß er eine fürchterliche Kraftvergeudung bedeutet.“
 Niemand wünscht Ruhe und Frieden mehr als ich, mehr als die deutsche Volk. Allerdings müssen wir darauf bestehen, daß wir dasselbe Recht haben wie die anderen Völker und in der Welt den uns gebührenden Platz einnehmen.“

Ansprache an die Reichswehr.

Berlin, 4. Februar.
 Reichskanzler Adolf Hitler hat gestern vor den Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine die Grundlagen seiner Politik dargelegt und dabei betont, welche entscheidende Bedeutung der Wehrgesinnung des deutschen Volkes und der Arbeit der deutschen Wehrmacht zukomme.

Um die Auflösung des preussischen Landtages.

Berlin, 4. Februar.
 Im preussischen Landtag wurde heute der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Landtages zur Abstimmung gebracht.

Als Severing das Wort ergreifen wollte, kam es zu ungeheuren Unruhen bei den Nationalsozialisten, sodaß die Sitzung unterbrochen wurde. Severing konnte sich kein Gehör verschaffen.
 Nach einer Pause von einer Viertelstunde wurde die Sitzung wieder eröffnet. Wiedermum versuchte Severing zu sprechen, doch gingen seine Worte in dem Lärm, der sich neuerlich bei den Nationalsozialisten erhob, unter.
 Schließlich erklärte der nationalsozialistische Parteileiter Vizepräsident Heale, er müsse feststellen, daß das Parlament im Augenblick den Ministern nicht anhören wolle.
 Der Vizepräsident verließ dann seinen Platz und so war die Sitzung neuerlich unterbrochen.
 Nach halbstündiger Unterbrechung wurde in namentlicher Abstimmung über den Auflösungsantrag abgestimmt, der mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Staatspartei, zusammen mit 214 Stimmen gegen die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Christlich-Sozialen, Volkdienst und den Deutsch-Hannoveranern mit zusammen 196 Stimmen abgelehnt wurde.
 Der Präsident des Landtages berief den aus ihm selbst, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Präsidenten des Staatsrats, Oberbürgermeister Adenauer, bestehenden Ausschusses ein, der die Auflösung gleichfalls beschließen kann.
 Landtagspräsident Kerll schloß dann die Sitzung und wünschte den Abgeordneten für die Zukunft bestes Wohlergehen.

Jahrestag der Losreißung des Hultschiner Ländchens.

Berlin, 4. Februar.
 Heute vor 13 Jahren wurde durch den Versailler Vertrag das Hultschiner Ländchen ohne irgend eine Abstimmung und gegen den Willen seiner Bewohner von Deutschland losgerissen und der Tschechoslowakei angegliedert.
 Das Hultschiner Ländchen ist ca. 330 qkm groß und hat etwa 50.000 Einwohner.
 In den Kundgebungen der Bewohner des Ländchens kommt immer wieder zum Ausdruck, daß man auf eine Revision des Versailler Friedensvertrages hoffe, und immer wieder wird die nachträgliche Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes gefordert.

Wieder falsche Gerüchte um den früheren Kaiser.

Berlin, 4. Februar.
 Die Meldung eines englischen Blattes über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Reichsministern in Beziehung auf die Person des früheren deutschen Kaisers wird von amtlicher Seite als vollkommen unrichtig erklärt.

Auflösung der Gemeindevertretungen.

Berlin, 4. Februar.
 Die Reichsregierung unterhandelt nun mit der kommissarischen preussischen Regierung darüber, wie die Auflösung des Landtages auf andere Weise zu erreichen sei.
 Eine Entscheidung darüber wird heute nicht mehr erwartet.

Nach der Sitzung veröffentlichte das preussische Staatsministerium eine Erklärung, die sich gegen die Behauptung wendet, daß amtliche Gelder für Parteizwecke verwendet worden seien. Die Erklärung beruht sich dabei auf die schon früher vor dem Staatsgerichtshof gemachten Darlegungen.
 In der heutigen Landtagsitzung war nämlich eine derartige Behauptung von einem nationalsozialistischen Abgeordneten aufgestellt worden, der ein von einem Ministerialdirektor unterzeichnetes Protokoll vom Juli 1932 vorgelesen hatte.

Auflösung der Gemeindevertretungen.

Berlin, 4. Februar.
 Die kommissarische preussische Regierung hat heute sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften durch Verordnung aufgelöst.
 Zur Verbilligung der Kosten für die Wahlen der neuen Vertretungen hat das Staatsministerium beschlossen, für alle aufgelösten Körperschaften einen einheitlichen Wahltag derart anzusetzen, daß die Wählerlisten für diese Wahlen gleichzeitig mit den Wählerlisten zur Reichstagswahl veröffentlicht werden können. Als Wahltag wurde der 12. März bestimmt.

Abberufung von Polizeibeamten

Berlin, 4. Februar.
 Der kommissarische preussische Innenminister hat den Leiter der Personalabteilung bei der Polizei, Oberst Nejewski und seinen Mitarbeiter Polizeihauptmann Dr. Zeitz von ihren Posten abberufen.
 Die beiden Polizeiführer sollen anderweitige Verwendung finden.

Vertrauensvotum für Daladier.

Paris, 4. Februar (A.A.)
 Die Kammer billigte mit 370 gegen 200 Stimmen Daladiers Regierungserklärung.
 Vor der Abstimmung hielt Herriot eine Ansprache zugunsten Daladiers und einer breiten republikanischen Mehrheit. Er sagte:
 „Wir wollen das Vertrauen in der Republik und zur Republik wiederherstellen.“

Paul-Boncour in Genf.

Paris, 4. Februar.
 Der französische Außenminister Paul-Boncour ist heute nach Genf abgereist, um wieder die Führung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz zu übernehmen.

Rumänisches Ausnahmezustandsgesetz.

Bukarest, 4. Febr. (A.A.)
 Der Senat nahm mit 101 gegen 1 Stimme das Gesetz über den Ausnahmezustand an, das von der Kammer bereits gebilligt ist.

Gandhis Frau verhaftet.

Bombay, 4. Febr. (A.A.)
 Gandhis Frau wurde heute verhaftet. Sie hatte vor zwei Tagen in Begleitung einiger Frauen eine Reise angetreten, um, wie sie selbst zugibt, Frauenkundgebungen zu veranstalten.
 Wahrscheinlich ist sie deswegen verhaftet worden.

Englands Stellungnahme zur Abrüstungsfrage.

Genf, 4. Februar.
 Der britische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz erklärte in einer Sitzung des Hauptausschusses den Standpunkt der englischen Regierung zur Abrüstungsfrage.
 Er betonte, daß die englische Regierung in der Sicherheitsfrage keinerlei Verpflichtungen übernehmen werde, die über den Rahmen des Völkerbundespaktes, des Kriegsverbotspaktes und des Vertrages von Locarno hinausgehen würden.

Bemühungen um Frieden in Südamerika.

Genf, 4. Februar (A.A.)
 Der Völkerbundsrat beschloß, an Bolivien und Paraguay ein Telegramm zu richten, in dem beide Länder dringend aufgefordert werden, einen Waffenstillstand abzuschließen, und in dem ihnen mitgeteilt wird, daß der Völkerbundsrat sich weitere Vorschläge vorbehalten.

Der Gasi und Ismet Pascha in Afion Karahissar.

in Afion Karahissar.

Izmir, 4. Februar (A.A.)
 Der Staatspräsident bestieg heute in der Nacht um 3.30 Uhr einen Sonderzug am Bahnhof Basamahane und verließ unsere Stadt.

Utschak, 4. Februar (A.A.)
 Der Staatspräsident verließ in der Nacht auf heute Izmir, um in Afion Karahissar mit dem Ministerpräsidenten Ismet Pascha zusammenzutreffen und fuhr um 15 Uhr durch Utschak.
 Eine aus Frauen, Männern und Schülern bestehende tausendköpfige Menge wartete am Bahnhof mit Fahnen auf die Ankunft des Staatspräsidenten.
 Angesichts dieser sehr herzlichen, freudenschlichen Kundgebungen der Bevölkerung verließ der Staatspräsident den Zug und drückte den zu seinem Empfang Erschienenen die Hände. Er schritt die Front der Schüler und der

Menge ab und fragte sie nach ihrem Befinden. Die Menge brachte Hochrufe aus und bot ihrem großen Reformator in einfachster, aber herzlichster Form ihre Huldigungen dar.
 Nach einem Aufenthalt von 5 Minuten setzte der Zug unter denselben Beifallskundgebungen der Menge seine Fahrt nach Afion Karahissar fort.
 Der Wali von Afion war dem Staatspräsidenten bis nach Utschak entgegengefahren.

Afion Karahissar, 4. Febr. (A.A.)
 Ministerpräsident Ismet Pascha traf heute um 17 Uhr aus Sparta in Afion Karahissar ein und wurde herzlich empfangen. Reiter und Bauern mit großen Bildern vom Gasi in der Hand brachten dem Ministerpräsidenten auf der Fahrt hierher Huldigungen dar und baten Ismet Pascha um den Bau der Eisenbahnstrecke Afion Karahissar — Antalia.

Der Staatspräsident verließ heute um 17 Uhr aus Sparta in Afion Karahissar ein und wurde herzlich empfangen. Reiter und Bauern mit großen Bildern vom Gasi in der Hand brachten dem Ministerpräsidenten auf der Fahrt hierher Huldigungen dar und baten Ismet Pascha um den Bau der Eisenbahnstrecke Afion Karahissar — Antalia.

Einigung über Syrien?

Beirut, Ende Jan.
 Nach hier umlaufenden Gerüchten soll es zwischen dem französischen Oberkommissar, Henri Ponsot, und dem Führer der syrischen Unabhängigkeitspartei im Auslande, Emir Schekib Arslan, zu einem Abkommen über das Schicksal des Mandatslandes gekommen sein.
 Danach werden Syrien, das Land der Alauniten und der Dschebel Drus als eine staatsrechtliche Einheit mit gewissen Sonderrechten der an zweiter Stelle genannten Staatswesen angesehen werden, während die Republik Libanon unter dem Schutze Frankreichs für die nächsten 20 Jahre einen Sonderstaat bilden würde.

Nach 20 Jahren sollen die Libanesen durch eine Volksabstimmung über ihr weiteres Schicksal entscheiden, ob sie sich Syrien anschließen und einen Staatsbund bilden wollen, oder aber das Schutzverhältnis Frankreichs weiter andauern soll.

Da sich der Inhalt dieses angeblichen Abkommens mit gewissen Forderungen deckt, die die syrischen Nationalisten seit langem schon auf ihre Forderungen geschrieben haben, so wird man, falls Frankreich wirklich geneigt sein sollte, soviel Entgegenkommen zu üben, diesem Abkommen sicherlich gewisse Verwirklichungsmöglichkeiten nicht absprechen können.

Die persische Presse zum Oelstreit.

Deutschlands angebliche Haltung.

Teheran, Ende Januar.

Die persische Presse beschäftigt sich noch immer in langen Ausführungen mit dem Fall der Anglo-Persian. Sie sucht immer wieder nachzuweisen, daß die persische Regierung nicht anders handeln konnte und durfte, als geschehen. Besondere Beachtung hat dabei ein englischer Aufsatz gefunden, der anknüpft an das Bibelwort von Esra: „Von mir — d. i. Darios — ist solcher Befehl geschehen, und welcher Mensch diese Worte verändert...“ des Haus soll dem Gerichte verfallen sein.“ Das Zitat hat der persischen Presse an sich gefallen, nur wendet sie dagegen ein, daß man sich doch fragen müsse, welches königliche Wort denn solche Ewigkeitsdauer beanspruchen dürfe; sicherlich nicht das der Chadscharen-Dynastie, die seinerzeit wegen Unfähigkeit abgesetzt

worden sei und auf deren „Wort“ die Konzession d'Arcy zurückginge.

Weiter beschäftigt man sich ausführlich mit dem Presseecho der Angelegenheit in Europa. Man glaubt nur in der französischen Presse abwägende Gelehrigkeit zu finden, findet es natürlich, daß die englische Presse sich die Auffassung der Anglo-Persian und der Regierung zu eigen macht, und wundert sich über die Stellungnahme der deutschen Presse, die nach persischer Auffassung noch viel englischer sei, als die Engländer selbst.

Auch die Geschichte mit dem zum Verkauf gestellten Pfauenthron, die in der deutschen Presse erschienen ist, muß erhalten, um der deutschen Presse ihre mangelhafte Unterrichtung über persische Dinge vorzuführen.

Die Vertragsrevision.

Scharfe Bekämpfung durch die polnische Presse.

Warschau, 3. Februar.

Die polnische Rechtspresse sorgt für einen möglichst starken Widerhall einer Korridor-Entscheidung, die die neuwirdigen in Thorn zu dem in Berlin eine Regierung Hitler-Papen sich aufriefe, in Paris der „extreme Vertreter des Linksfügels der Radikalen“ Daladier ans Steuer komme und auch die italienische Politik verstärkte Revisionsmeinungen verrate.

Der „Kurier Poznański“ schreibt, die energische Sprache dieser Entschlüsse sei gerade da in Berlin eine Regierung Hitler-Papen sich aufriefe, in Paris der „extreme Vertreter des Linksfügels der Radikalen“ Daladier ans Steuer komme und auch die italienische Politik verstärkte Revisionsmeinungen verrate.
 In der Entschlußgebung hieß es, daß die polnische öffentliche Meinung über die Haltung eines Teils der französischen Politiker empört sei, die offen einen Druck auf Polen auszuüben versuchten, um Deutschland durch Rückgabe des Korridorgebietes auszusöhnen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß jede polnische Regierung, die in der Korridorfrage eine schwankende Haltung einnehmen sollte, durch einen „mit elementarer Wucht ausbrechenden Sturm im polnischen Volke von der Oberfläche weggefegt“ werden und daß der erste beste Pole jeden polnischen Politiker, der Deutschland in dieser Frage entgegenkommen wollte, durch eine Kugel erledigen würde.

Bemerkenswert ist, daß die nationaldemokratische Presse ungeachtet ihrer schärfsten Opposition gegen das Pilsudski-Regime mit Zustimmung die Äußerungen des der Regierung angehörenden früheren Handelsministers Kwiatkowski wiedergibt, der soeben in einem Vortrag über die „Osteuropäisierung Polens“ betonte, es würde keine innerpolnischen Zwistigkeiten geben, sobald die Frage der territorialen Unversehrtheit Polens auftauche.

Politische Wochenschau.

Parlamentsdämmerung? — Reingung der Atmosphäre in Deutschland. — Bruch des linken Kartells in Frankreich. — Französischer „Sicherheits“- und englischer Abrüstungsplan. — Aussichten der Weltwirtschaftskonferenz.

Stambul, 4. Febr.

Die Regierungskrisen in Deutschland und Frankreich, die gleichzeitig ausbrechen, haben sonst keine Ähnlichkeit mit einander, es sei denn diese, daß ihr gemeinsamer Nährboden die Wirtschaftskrise und eine nicht normale parlamentarische Lage sind. Die bekannten Klagen über die „Krise des Parlamentarismus“, die „Lähmung der Demokratie“ und ähnliches haben in Frankreich neuen und reichlichen Stoff erhalten. Der Ruf nach dem „autoritären Staat“ und nach dem „starken Mann“ tönt immer lauter, aber er tönt in der Wüste. Das ehemals verpönte Wort „Diktatur“ erhält beinahe den Klang der Sehnsucht, aber für eine Diktatur ist doch wohl erst ein Diktator nötig, ein Format, das selten auf Lager liegt. Möglich, daß sich Tardieu für solch ein „Emploi“ für geeignet hält. Als er nach dem Sturz Paul-Boncour's mit den anderen leitenden Politikern in Ellysée berufen wurde, meinte er zu den Journalisten, daß sie ihn nach einem Monat wieder dort sehen würden. Tardieu, der vor kurzem von einem monatelangen Aufenthalt in Italien zurückgekehrt ist, wo er die faschistischen Regierungsmethoden auf das eingehendste studiert hatte, hat in einer Sitzung der „Société des Conférences“ ein Programm entwickelt, das eine Gesundung des parlamentarischen Systems in Frankreich bringen soll. Das Programm bedingt eine Reihe von mehr oder weniger starken „Retouchierungen“ der Konstitution, die den Zweck hätten, der jeweiligen Regierung eine größere Unabhängigkeit vom Parlament zu garantieren. Das Programm Tardieu's wird von einigen Blättern als von den Ereignissen bereits überholt erklärt. Die Massen, so wird behauptet, schickten sich an, das „Joch des Parlamentarismus“ abzuschütteln. Eine radikale Reform der Konstitution wäre das einzige Mittel eine völlige Anarchie zu verhüten. Nun muß aber daran erinnert werden, daß beinahe genau dieselben Alarmrufe auch im Jahr 1926, dem großen Krisenjahr des Franc, erklangen. Auch damals konnte sich das Parlament nicht so bald zu dem Entschluß ermannen, der Wählerschaft die harten finanziellen Opfer aufzuerlegen, die die kritische Lage bedingt. Auch damals forderte man die Auflösung des Parlaments und eine Reform der Konstitution, um das Chaos zu vermeiden.

Die Entwicklung der innerpolitischen Dinge in Deutschland könnte die Klagen über die Parlamentsdämmerung in gewisser Beziehung abschwächen.

Eine große Bewegung, die für sich revolutionäre Erscheinungsformen in Anspruch zu nehmen schien, hat sich in eine parlamentarische Form gezwängt und die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angenommen. Hitler ist in legaler Weise — als der Führer der stärksten Partei und dank dem Vertrauen des Reichspräsidenten — zur Macht gelangt und unterläßt nichts, um ein arbeitsfähiges Parlament zu stande zu bringen. Die neuen Reichstagswahlen, die eine Art Plebiszit für die Wahl Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten sein sollen, sind für den 5. März ausgeschrieben. In den großen Krisen kann sich eine Nation nur dadurch retten, daß sie sich auf sich selbst besinnt, und insofern ist eine Regierung nationaler Konzentration — nicht dem Namen, sondern dem Wesen nach — das erste Erfordernis des Augenblicks. Das innen- und außenpolitische Programm der neuen Regierung ist in seinen Grundlinien bereits bekannt. Die Mäßigung, mit der die außenpolitischen Ziele Deutschlands auseinandergesetzt sind und die Tatsache, daß diese Ziele dieselben bleiben, die auch von den